Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1966)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Autor: Moser, F. / Blaser, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417724

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Direktor: Regierungsrat F. Moser
Stellvertreter: Regierungsrat Ad. Blaser

A. Allgemeines

I.

Auf den 1. April 1966 trat Herr Hans Gasser, Liegenschaftsverwalter, nach 44 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand. Er hatte am 1. Februar 1947 die Leitung der durch Grossratsbeschluss vom 25. November 1946 provisorisch geschaffenen Liegenschaftsverwaltung übernommen. An dieser wichtigen Stelle hat er auf initiative und weitsichtige Weise dem Staat grosse Dienste geleistet, die ihm auch hier verdankt seien. Als Nachfolger von Herrn Gasser wählte der Regierungsrat Herrn Hans-Ulrich Reist, bisher Adjunkt der kantonalen Liegenschaftsverwaltung.
Durch Abänderung des Organisationsdekretes der Finanzdirektion wurde die bisher mit dem Personalamt vereinigte Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung wiederum verselbständigt. Zum Vorsteher der Versicherungskasse ernannte der Regierungsrat Herrn Dr. phil. Heinz Schmid.

II.

Die Finanzdirektion hat im Berichtsjahr folgende Erlasse vorbereitet und zur Beschlussfassung vorgelegt:

a) Verordnung vom 29. Dezember 1953 betreffend die amtliche Schätzung von Grundstücken (Abänderung vom 21. Januar 1966).
b) Verordnung vom 15. März 1963 über die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen (Abänderung vom 3. Mai 1966).
c) Vollziehungsverordnung vom 28. März 1939 zum Gesetz über die Finanzverwaltung (Abänderung vom 26. Mai 1966).
d) Verordnung vom 25. Oktober 1966 über die Rückerstattung der Verrechnungssteuer.
e) Dekret vom 16. November 1966 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1966 und 1967 an die Behördemitglieder und das Staatspersonal.
f) Dekret vom 16. November 1966 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1966 und 1967 an die Lehrer der Primar- und Mittelschulen.
g) Dekret vom 16. November 1966 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1966 und 1967 an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse.
h) Dekret vom 16. November 1966 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1966 und 1967 an die Mitglieder des Regierungsrates.
i) Dekret vom 11. November 1959 über die Organisation der Finanzdirektion (Abänderung vom 21. November 1966).
k) Verordnung über die Spesenvergütung der Behördemitglieder und des Personals der Staatsverwaltung vom 14. Dezember 1962 (Ergänzung vom 22. November 1966).

III.

Entsprechend einem Auftrag des Grossen Rates wurde in Zusammenarbeit mit den Direktionen für die Jahre 1967–1972 erstmals eine langfristige Finanzprognose ausgearbeitet und diese zusammen mit dem Bericht zum Voranschlag 1967 in der November-Session vorgelegt. Gestützt auf diese Unterlagen und entsprechende Anträge des Regierungsrates wurden vom Grossen Rat eine Reihe von Massnahmen zur Wiederherstellung und Sicherung des finanziellen Gleichgewichtes beschlossen oder Aufträge gegeben.

IV.

Der Beschluss des Grossen Rates vom 11. November 1964 betreffend Festsetzung des Baubeginns von staatlichen Bauten und der Fälligkeit von Staatsbeiträgen musste auch im Berichtsjahr angewendet werden. Die Belastung der nächsten Jahre aus den bereits eingegangenen Verpflichtungen erwies sich für verschiedene Baubeiträge als derart hoch, dass für weitere Beitragszusicherungen der Fälligkeitstermin in die Jahre 1970–1974 hinausgeschoben werden musste. Diese rechtlich zulässigen Massnahmen haben bei den Beitragsempfängern im allgemeinen Verständnis gefunden, sind aber auf die Dauer unbefriedigend, so dass mit den Massnahmen zur Sicherung und Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts – zu denen auch die Überprüfung der Staatsbeiträge und des indirekten Finanzausgleichs gehört – nach Möglichkeiten gesucht werden muss, diese hinausgeschobenen Fälligkeiten wiederum abzubauen. Über den Umfang der auf Jahresende vorhandenen Beitragsverpflichtungen und ihre Fälligkeiten orientieren die Seiten 28–33 der Staatsrechnung.

V.

Die Staatsrechnung 1966 schloss mit einem Ausgabenüberschuss der Finanzrechnung von Fr. 80 890 568.– ab.
Über weitere Einzelheiten orientieren die Staatsrechnung und der Vortrag hiezu.

VI.

Bemerkungen zu parlamentarischen Vorstössen:
1. Die *Postulate Bühler* und *Freiburghaus* (Laupen) betreffend Überprüfung der *Finanzkompetenzen* und *Einführung des fakul-*

tativen Finanzreferendums, erheblich erklärt am 15. November 1962, waren zusammen mit dem fakultativen Gesetzesreferendum durch ein Gutachten von Prof. Huber geprüft und in einer ausserparlamentarischen Kommission besprochen worden. Die Parteien wurden ferner zur schriftlichen Stellungnahme eingeladen. Die Weiterbearbeitung der Einführung des fakultativen Finanzreferendums erfolgt im Zusammenhang mit der Revision der Gesetzgebung über die Finanzverwaltung. Dabei wird auch das *Postulat Haltiner* vom 15. Februar 1966 betreffend *Abschreibungsverordnung und Ausbau der Finanzkontrolle* berücksichtigt werden. Entsprechende Anträge werden voraussichtlich 1967 vorgelegt.

Die Frage der Einführung des *fakultativen Gesetzesreferendums* sowie der allfälligen Weiterentwicklung des *Verwaltungsreferendums* gemäss der Motion der Kommission für das Volksbegehren betreffend Einführung von Volksabstimmungen für Veräusserungen von Beteiligungsrechten an Eisenbahnen und andern Transportunternehmungen vom 2. Februar 1966 werden durch die Justizdirektion weiter bearbeitet.

2. Die *Motionen Tschannen* (erheblich erklärt am 18. November 1963) betreffend den *Gemeindeunterstützungsfonds* und *Freiburghaus* (Rüfenacht) betreffend den *Finanzausgleich* in den Gemeinden (erheblich erklärt am 13. Februar 1964) werden im Zusammenhang mit der Überprüfung des indirekten Finanzausgleichs gemäss dem Grossratsbeschluss vom 16. November 1966 behandelt werden. Das gleiche gilt für das *Postulat Schürch* vom 16. November 1966 betreffend *Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden und die Gestaltung der Staatsbeiträge an die Gemeinden* sowie das *Postulat Kästli* vom 17. November 1966 *betreffend Überprüfung der gesetzlich festgelegten Subventionen.*

3. *Postulat Staender* betreffend Entwicklung der bernischen Wirtschaft (erheblich erklärt am 15. September 1965): Der Bericht der beauftragten Dozenten der Universität Bern wird im Jahre 1967 erwartet.

B. Abteilungen

I. Direktionssekretariat

1. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1966 Fr.	Rechnung 1966 Fr.	Rechnung 1965 Fr.
Rohertrag	1 400 000.—	1 589 880.—	1 483 380.—
Abzüglich 20% Gemeindeanteil	280 000.—	317 976.—	296 676.—
	1 120 000.—	1 271 904.—	1 186 704.—

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ..... Fr. 151 904.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ..... Fr. 85 200.—

2. Salzhandlung

Wie im Vortrag der Finanzdirektion vom Oktober 1966 zum Finanzplan 1967–1972 und Staatsvoranschlag 1967 ausgeführt wurde, beträgt der Preis für offenes Kochsalz seit 1919 unverändert 25 Rp. je kg. Der bernische Salzpreis ist damit der niedrigste aller Kantone. Es wurde deshalb vom Grossen Rat der Auftrag erteilt, eine Revision des Gesetzes über das Salzregal vom 3. Juli 1938 in die Wege zu leiten.

Verkaufte Salzmengen

	1965 kg	1966 kg	Mehr- bzw. Minderverkauf gegenüber Vorjahr kg
a. Koch- und Tafelsalz			
Unjodiert, offen	2 061 200	1 959 450	— 101 750
Jodiert, offen	5 927 200	5 978 200	+ 51 000
Unjodiert in Kilogrammpaketen	147 195	141 520	— 5 675
Jodiert in Kilogrammpaketen	663 040	610 420	— 52 620
Fluoriert und jodiert in Kilogrammpaketen	654 480	676 420	+ 11 940
Gresil in Pfundpaketen	309 160	315 900	+ 6 740
	9 772 275	9 681 910	— 90 365
b. Andere Salzarten			
Badesalz	152 950	147 550	— 5 400
Industrie-, Gewerbe- und Streusalz	12 466 430	9 001 020	— 3 465 410
Streusalz in Kleinpackungen	—	64 900	+ 64 900
Nitritpökelsalz	570 100	589 650	+ 19 550
Salzsole, ungereinigt	316 200	218 551	— 97 649
Übrige Spezialsalze	70 465	77 925	+ 7 460
	13 576 145	10 099 596	— 3 476 549
Portionenpackungen, Stück	95 800	96 200	+ 400

II. Kantonsbuchhalterei

Rechnungsführung

Die Einnahmen- und Ausgabenvolumen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 80 Millionen Franken erhöht. Trotz dieser neuerlichen Geschäftsausweitung und gleichbleibendem Personalbestand ging der Zahlungsverkehr, die Kontrolle der Anweisungen und deren Verbuchung reibungslos vor sich.
Der Steuervorbezug ergab 51,8 Millionen Franken oder im Vergleich zu 1965 einen Mehreingang von 27,7 Millionen Franken. Dieser wesentlich grössere Eingang an vorbezogenen Steuern ist vor allem auf den Versand von Einzahlungsscheinen an die Steuerpflichtigen und auf die Erhöhung des Vergütungszinses von $3^3/_4$% auf 4% zurückzuführen.

Bemerkungen zur Staatsrechnung

Der für die Jahre 1965–1970 pro Jahr mit Fr. 3470000.– errechnete Abschreibungsanteil auf unabträglichen Liegenschaften gemäss Zusammenstellung der Liegenschaftsverwaltung/Kantonsbuchhalterei wurde auch für 1966 mit vorerwähntem Betrag belastet. Es entspricht dies einem jährlichen Abschreibungssatz von 2%. Er ergibt sich aus der Überlegung, dass im allgemeinen nach 50 Jahren namhafte Renovationen notwendig sind. Im Jahre 1970 sollten demnach die ertraglosen Liegenschaften, die bis 1920 erstellt oder gekauft worden sind, *vollständig,* diejenigen der Jahre 1921–1930 zu *80%,* diejenigen der Jahre 1931–1940 zu *60%,* diejenigen der Jahre 1941–1950 zu *40%* und diejenigen der Jahre 1951–1960 zu *20%* abgeschrieben sein. Für die Jahre 1971–1980 wird der Abschreibungsbedarf – unter Hinzufügung der Zunahmen in den Jahren 1961–1970 – neu ermittelt und die sich hieraus ergebenden Jahresanteile wiederum neu errechnet.
Wie bereits im Verwaltungsbericht für das Jahr 1965 erwähnt, wurden die noch bestehenden, zweckbestimmten Reserven (die eine Schuld des Staates darstellen) bei der Wiedergabe der Gesamtvermögenslage (Staatsrechnung 1965, Seiten 26 und 27) unter die Passiven eingereiht. Bilanzmässig erfolgte auf Ende 1966 noch eine Korrektur – um jegliche Fehldeutungen zu vermeiden – in der Weise, dass diese Beträge nun bei den lang-

Erlös aus Salzverkäufen

	Rechnung 1965		Rechnung 1966		Unterschied gegenüber Vorjahr
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
a. Finanzrechnung					
Einnahmen	4 888 707.35		4 729 889.70		— 158 817.65
Ausgaben		3 290 404.60		3 152 264.10	+ 138 140.50
b. Rechnung der Vermögensveränderungen					
Ertrag	52 779.50		5 842.—		— 46 937.50
Aufwand		—.—		—.—	—.—
	4 941 486.85	3 290 404.60	4 735 731.70	3 152 264.10	
Reinertrag		1 651 082.25		1 583 467.60	— 67 614.65
	4 941 486.85	4 941 486.85	4 735 731.70	4 735 731.70	

fristigen Schulden ausgewiesen sind. Im Zusammenhang mit dieser Bilanzbereinigung wurden auch die Rückstellungen behandelt. Da diese durch die Finanzrechnung laufend abgedeckt werden müssen, erübrigt sich dieser Bilanzposten. Er wurde deshalb ausgebucht.
Die wichtigsten Aufstellungen sind wie im Vorjahr auf den ersten Seiten der Staatsrechnung zusammengefasst.

III. Finanzinspektorat

Folgende Inspektionen sind im Berichtsjahr unangemeldet vorgenommen worden:

	Zahl der Stellen	Revisionen
Kassastellen der Direktionen	69	72
Amtsschaffnereien	21	21
Staatsanstalten	43	43
Obergericht, Obergerichtsverwaltung	4	5
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	31
Gerichtsschreibereien	28	37
Richterämter und andere Stellen der Gerichtsverwaltung	52	57
Regierungsstatthalterämter	30	32
Grundbuchämter	30	30
Juragewässerkorrektion	1	1
	312	334

Wie aus der Zusammenstellung über die durchgeführten Revisionen hervorgeht, müssen jedes Jahr zusätzliche Kontrollen stattfinden wegen des häufigeren Personalwechsels. Wenn die bestehenden Einrichtungen intakt bleiben sollen, bedingt dies eingehendere Instruktion der Buchhalter und Rechnungsführer.
Bei allen Kassastellen bildet das Abrechnungsverhältnis mit der Staatskasse den Schwerpunkt. Bei einzelnen Stellen der Bezirksverwaltung kommt ein Vorschuss- und Abrechnungsverhältnis mit Dritten dazu. Diese Abrechnungsverhältnisse müssen jedes Jahr nach dem sich auf den Tag der Revision ergebenden Status überprüft werden.
Bei den Amtsschaffnereien konnten die Revisionen ohne Schwierigkeiten bewältigt werden. Die erreichten Resultate fielen auf der ganzen Linie sehr befriedigend aus und lassen hinsichtlich Präzision des Abrechnungsstandes nur noch vereinzelte Wünsche offen, obwohl das Arbeitspensum der Amtsschaffnereien von Jahr zu Jahr zunimmt.
Bei den Staatsanstalten konnten die Revisionen an Ort und Stelle und die Kontrolle der Monatsbilanzen im grossen und ganzen in geordneter Weise abgewickelt werden. Wie jedes Jahr standen wir verschiedenen Anstalten in Krankheitsfällen, bei Stellvertretungen und in organisatorischen Fragen zur Verfügung. Auch dieses Jahr werden Ausmass und Gründe der eingetretenen Kreditüberschreitungen bei jeder einzelnen Staatsanstalt nachträglich wieder überprüft, dies, obwohl im abgelaufenen Rechnungsjahr weit weniger Kreditüberschreitungen eingetreten sind als in früheren Jahren. Die zur Vermeidung von Kreditüberschreitungen getroffenen Massnahmen haben sich somit, soweit dies die Staatsanstalten betrifft, als wirksam erwiesen.
Zu den Buchhaltungen der übrigen Kassastellen ist lediglich festzustellen, dass sich die immer zahlreicheren Personalmutationen in unangenehmer Weise bemerkbar machen.

Besondere Aufgaben

Die von einzelnen Direktionen übernommenen Geschäfte konnten bis Jahresende mit wenigen Ausnahmen erledigt werden.

Unregelmässigkeiten

Es sind für das Berichtsjahr keine solchen zu verzeichnen.

Gebühren der Bezirksverwaltung

Sie belaufen sich für das Rechnungsjahr 1966 auf insgesamt Fr. 6012232.— (Vorjahr Fr. 5966593.—) und verteilen sich auf die einzelnen Stellen der Bezirksverwaltung wie folgt:

	Fr.
Gerichtsschreibereien	612 273.—
Regierungsstatthalterämter	2 366 187.—
Grundbuchämter	752 892.—
Betreibungs- und Konkursämter	2 280 879.—

IV. Steuerverwaltung

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Hauptrevision der amtlichen Werte. Stand der Arbeiten Ende Dezember: landwirtschaftliche Liegenschaften in 414, Waldungen (ohne öffentliche Waldungen) in 436 und nichtlandwirtschaftliche Grundstücke in 393 Gemeinden geschätzt. Zahl der Schätzungen in runden Zahlen: Landwirtschaftliche Liegenschaften 69000, Waldungen 13000 und nichtlandwirtschaftliche Grundstücke 120000. Nach Abschluss der Revision wird ein besonderer Bericht erstattet.
Die Berichtigungen sind zur Hauptsache mit den Revisionsschatzungen erledigt worden. Expertisen für die Veranlagungs-

behörden, einschliesslich 40 Verkehrswertschatzungen für die Erbschaftssteuer, 200 (1578). Einsprachen gegen amtliche Werte 1136 (319), davon erledigt 176 (265). Rekurse 4 (1) und Beschwerden 1 (0).

2. Steuererlassgesuche. Ende 1966 waren 345 (288) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 3996 (4411), und zwar 195 (231) für die Wehrsteuer, 148 (179) für die Vermögensgewinnsteuer und 3653 (4001) für die ordentlichen Staatssteuern, davon 1481 (1941) aus der Gemeinde Bern. Von total 4341 Gesuchen wurden 3906 (4353) erledigt. Ganz oder teilweise gutgeheissen 2914 (3279), abgewiesen 992 (1075). Für die Steuerjahre 1963–1966 wurden Fr. 308850.— (Fr. 315717.—) an ordentlichen Staatssteuern, Fr. 744618.— (Fr. 260331.—) an Vermögensgewinnsteuern, davon rd. Fr. 371000.— z. G. einer gemeinnützigen Institution, und Fr. 20571.— (Fr. 9905.—) an Wehrsteuern erlassen.
Die Verordnung vom 1. Dezember 1964 über die Berücksichtigung von Krankheitskosten im Erlassverfahren hat sich gut eingespielt.

3. Meldungen für die AHV, den Militärpflichtersatz, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Von 113 (112) AHV-Ausgleichskassen sind in der Veranlagungsperiode 1965/66 58397 (59589) Formulare für die Meldung der Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen. Bis Ende 1966 wurden 53033 (55256) Meldungen erledigt. Die Entschädigung dafür geht zur Hauptsache erst 1967 ein (Vorperiode Fr. 116229.—). Besondere Berichte an Kassen und Gerichte 297 (259). – Für die Veranlagung des *Militärpflichtersatzes* sind 1966 57979 Formulare eingelangt, davon verarbeitet 55429 (1964/65 total 57269). – An Erhebungsformularen für die *Krankenkassen* sind ab 1. April 1965 23954 (Vorperiode 56242) ohne Entschädigung ausgefüllt worden; 7288 Meldungen ergingen an die Ärztegesellschaft. Für die Ermittlung der *Familienzulagen an Bergbauern und Kleinbauern des Flachlandes* wurden 7438 (585) Erhebungsformulare ebenfalls ohne Entschädigung verarbeitet. – Steuerausweise für *Stipendien* wurden ab 1. April 1965 6634 abgegeben.

4. Lochkartendienst. Für 191 Gemeinden mit rd. 134000 Steuerpflichtigen sind die Staatssteuerrechnungen im Lochkartenverfahren erstellt worden und für 154 Gemeinden gleichzeitig auch – gegen Entschädigung – rd. 123000 Gemeindesteuerrechnungen. In der Veranlagungsperiode 1967/68 werden die Staatssteuerrechnungen sämtlicher Gemeinden, ausgenommen Bern, Biel und Thun, für die eine besondere Ordnung in Aussicht genommen ist, mit der Datenverarbeitungsanlage der Finanzdirektion erstellt. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Sorgen bereitet dagegen die Raumfrage. Trotz allen Bemühungen ist es bis heute nicht gelungen, für den Lochkartendienst der Steuerverwaltung geeignete zusätzliche Lokale in nächster Nähe der Parkterrasse zu finden.

5. In der *Veranlagungspraxis* ergeben sich zunehmende Schwierigkeiten bei der Anwendung der Vorschriften über die zeitliche Bemessung. Das gilt insbesondere für die Bestimmung in Artikel 42 Absatz 2 Steuergesetz, weil sich der Begriff des vollen Jahresbetrages nicht allgemein gültig umschreiben lässt.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Für den Steuerertrag 1966 bildet die Veranlagung 1965 die Grundlage. Diese verändert sich, abgesehen von der Anlageerhöhung auf 2,2 durch Zuzug und Wegzug von Pflichtigen, durch definitive Taxationen (auf Ende 1965 haben 15902 Pflichtige nur eine provisorische Steuerrechnung zugestellt erhalten), Einsprachen, Rekurse, Beschwerden, Revisionen, Eliminationen und Steuererlass. Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1965 und dem Voranschlag ergibt folgendes Bild:

Tabelle 1

	Rechnung 1965 (Anlage 2,1) Fr.	Budget 1966 (Anlage 2,2) Fr.	Rechnung 1966 (Anlage 2,2) Fr.	+ oder — gegenüber Rechnung 1965 Fr.	+ oder — gegenüber Budget 1966 Fr.
Einkommen	224 395 312.—	240 000 000.—	241 358 597.—	+ 16 963 285.—	+ 1 358 597.—
Vermögen	19 961 721.—	23 500 000.—	20 980 888.—	+ 1 019 167.—	— 2 519 112.—
Total	244 357 033.—	263 500 000.—	262 339 485.—	+ 17 982 452.—	— 1 160 515.—

Um die effektive Ertragsveränderung zu ermitteln, sind die Steuern 1965 zur Anlage von 2,2 in Rechnung zu stellen. Ferner sind die direkt über das Konto 200 (Einkommensteuern; vgl. Staatsrechnungen) abgebuchten Vergütungen an die Gemeinden für den Steuereinzug zu berücksichtigen. Es ergibt sich demnach folgende Gegenüberstellung:

Tabelle 2

	1965 Fr.	1966 Fr.	+ oder — gegenüber Rechnung 1965 Fr.
Einkommen	224 395 312.—	241 358 597.—	
Zuzüglich Vergütungen an Gemeinden	785 714.—	4 930 823.—	
	225 181 026.—	246 289 420.—	
1965 zur Anlage von 2,2	235 903 932.—	246 289 420.—	+ 10 385 488.—
Vermögen, 1965 zur Anlage von 2,2	20 912 278.—	20 980 888.—	+ 68 610.—
	256 816 210.—	267 270 308.—	+ 10 454 098.—

Der Mehrertrag von rd. 10,4 Millionen Franken ist zur Hauptsache auf die erst 1966 durchgeführten definitiven Veranlagungen zurückzuführen.

Rechnet man zu den Einkommen- und Vermögensteuern 1966 (gemäss Staatsrechnung) noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuern, Nach-

und Strafsteuern sowie den Eingang abgeschriebener Steuern), so ergibt sich eine gesamte Bruttosteuereinnahme von Franken 338758784.—. Gegenüber dem Voranschlag stellt dies eine Mindereinnahme dar von Fr.7051216.— und gegenüber der Rechnung 1965 einen Mehrertrag von Fr.16009850.—.

Auswirkungen der Steuergesetzrevision 1964 auf den Ertrag 1965/66: Im Durchschnitt der Veranlagungsperiode 1963/64 ergab die *Einkommensteuer* (umgerechnet auf 2,2 Anlageeinheiten) 206,042 Millionen Franken. Für 1965/66 ist gemäss Tabelle 2 ein effektiver durchschnittlicher Ertrag von 241,096 Millionen Franken zu verzeichnen. Der Zuwachs macht somit 17,01% aus. Normalerweise, d.h. ohne Gesetzesrevision, hätte mit einem Zuwachs von rd. 28% gerechnet werden dürfen (1961/62 auf 1963/64 = + 27,90%).

Ausfallberechnung:

	Durchschnitt 1965/66 Fr.
1,28 × 206,042 (1963/64)	263,733 Mio. (100,00%)
Effektiver Ertrag	241,096 Mio. (91,41%)
Mutmasslicher Ausfall wegen StG-Revision	22,637 Mio. (8,59%)

In der Botschaft zum revidierten Steuergesetz wurde demgegenüber auf Grund der damals verfügbaren Zahlen für das Einkommen mit einem Ertragsausfall von 10,88% gerechnet (21 Millionen auf 193 Millionen Einkommensteuern).

Vermögen: Durchschnittlicher Ertrag 1963/64 = 25,536 Millionen Franken (zur Anlage von 2,2 gerechnet). Vermögenssteuer im Mittel der Jahre 1965/66 (Anlage 2,2) = 20,946 Millionen Franken. Minderertrag somit 17,98%. Ohne Revision hätte, wie von 1961/62 auf 1963/64, mit einem Zuwachs von rd. 16% gerechnet werden dürfen. Die Ausfallberechnung gestaltet sich demnach wie folgt:

	Durchschnitt 1965/66 Fr.
1,16 × 25,536 Mio.	29,621 Mio. (100,00%)
Effektiver Ertrag	20,946 Mio. (70,71%)
Mutmasslicher Ausfall wegen StG-Revision	8,675 Mio. (29,29%)

In der Botschaft zum revidierten Steuergesetz wurde mit einem Minderertrag von 27,08% gerechnet (6,5 Millionen auf 24 Millionen). Die zusätzliche Ausfallquote ist zum Teil auf den Abschlag von 20% auf kotierten Aktien zurückzuführen (Artikel 57 Absatz 1 Steuergesetz und RRB vom 22. Dezember 1964).

C. Steuern der juristischen Personen

Zu behandeln waren 441 (412) Neugründungen, 157 (181) Löschungen und 6 (3) Fusionen. Interkantonale Steuerteilungen 1043 (1008); Bücheruntersuchungen 785 (1353); Erlassgesuche 31 (15), davon 24 (5) erledigt.

Der Bestand an *Betriebsfürsorgeeinrichtungen* hat sich auf 2134 (2069) erhöht. Das Vermögen dieser Einrichtungen bildet Gegenstand einer Erhebung, über die 1967 berichtet wird.

Die *Arbeitsbeschaffungsreserven* von 241 (248) Firmen erreichten Fr.58942500.— (Fr.60710600.—). Verteilung nach Branchen (in Millionen Franken): Uhrenindustrie 20,1, Maschinen- und Metallindustrie 20,0, Elektrizitätswerke 6,0 Textilindustrie 3,3, Baugewerbe 1,4, Holzverarbeitungsindustrie 0,9, verschiedene 7,2.

1. Erwerbsgesellschaften, Erwerbs- und Selbsthilfegenossenschaften; Holdinggesellschaften

	Fr.
Gewinn- und Ertragsteuer	43 895 705.—
Kapital- und Vermögensteuer	12 097 008.—
Holdingsteuer	281 926.—
Total	56 274 639.—
Voranschlag	58 250 000.—
Minderertrag gegenüber Voranschlag	1 975 361.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	1 728 360.—
Minderertrag, wenn Ertrag 1965 zur Anlage von 2,2 gerechnet	869 080.—

2. Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuer	2 012 988.—
Vermögensteuer	1 052 644.—
Total	3 065 632.—
Voranschlag	3 000 000.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	65 632.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	412 646.—
Mehrertrag, wenn Ertrag 1965 zur Anlage von 2,2 gerechnet	286 314.—

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag beträgt Fr.16125263.— (Fr.18925173.—). Minderertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr.3874737.— und zum Vorjahr Fr.2799911.—. Die Ursachen des Rückganges liegen in der verminderten Geschäftstätigkeit auf dem Liegenschaftsmarkt sowie in den 1964 beschlossenen Steuererleichterungen (Erhöhung des maximalen Besitzesdauerabzuges von 50 auf 70%).
Die Zahl der Veranlagungen betrug 10411 (10094). In 2495 (2249) ergab sich kein Vermögensgewinn. An Einsprachen wurden 592 (536) erledigt; hängig blieben 286 (258).
In der Praxis gibt die Vorschrift in Artikel 80 lit.e Steuergesetz (Veräusserung an Gemeinwesen) zu häufigen Diskussionen Anlass. Ihr enger Wortlaut gestattet es in zahlreichen Fällen nicht, die namentlich von den Gemeinden erwartete Steuerbefreiung zu gewähren.

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr.847554.— (Fr.2184634.—). Minderertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr.152446.— und zum Vorjahr Fr.1337080.—. 1965 hat sich die gestützt auf RRB vom 14. August 1964/18. Dezember 1964 durchgeführte Selbstanzeigeaktion im Ertrag ausgewirkt. Sie ergab in 681 Fällen einen Betrag von Fr.1113716.—.
Behandelt bzw. auf Grund von Steuerinventaren kontrolliert wurden 4733 (5214) Staats- und Wehrsteuerfälle. In 780 Fällen sind Nach- und Strafsteuern gefordert worden; in den übrigen erwies sich die Versteuerung als genügend. Bussenverfahren wegen Anstiftung, Gehilfenschaft und Inventarvergehen waren 14 (9) durchzuführen.
Es wurden 4 (7) Erlassgesuche eingereicht; davon gutgeheissen 1, abgewiesen 3. An die Rekurskommission wurden 6 (3) Fälle weitergezogen. Keine Verwaltungsgerichtsbeschwerde (0).

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Mit Fr.13644923.— (Fr.11743596.—) ist der höchste je erzielte *Rohertrag* zu verzeichnen, zurückzuführen zum Teil auf 2 Fälle, die zusammen rd. 2 Millionen Franken einbrachten. Nach

Abzug der Gemeindeanteile von Fr. 2368593.— (Fr. 2558776.—) und der Rückerstattungen (Handänderungsabgaben) von Fr. 643304.— (Fr. 626589.—) ergibt sich ein Reinertrag von Fr. 10633026.— (Fr. 8558231.—). Mehrertrag im Vergleich zum Voranschlag somit Fr. 1133026.— und zum Vorjahr Fr. 2074795.—. Behandelt wurden 6531 (7943) Fälle von denen 3650 (4151) abgabepflichtig waren. Verwaltungsgerichtsbeschwerden sind 7 (6) zu verzeichnen, Erlassgesuche 109 (117). In einem Fall (3) wurde eine Busse verhängt.

G. Eidgenössische Wehrsteuer

Von früheren Perioden stehen noch aus:

	Fr.
8. und 9. Periode (1955/56 und 1957/58)	13 395.—
10. Periode (1959/60)	149 466.—
11. Periode (1961/62)	454 757.—
12. Periode (1963/64)	1 245 195.—

13. Periode (1965/66): Eingang 1966 Fr. 100802327.—. Kantonsanteil 25% = Fr. 25200581.—, zuzüglich ca. 8% aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen = rd. Fr. 8064000.—. Ausstand Ende 1966: Fr. 52698134.—. Die Steuer für 1966 wird erst am 1. März 1967 fällig.

Meldewesen. Eingegangene Meldungen 33353 (25847); weitergeleitete Meldungen 4876 (24930). Meldungen juristischer Personen über ausgerichtete Verwaltungsratsentschädigungen 115 (10335). Steuerteilungsvorschläge anderer Kantone 643 (544) und an andere Kantone 946 (81).

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Es sind 114421 (174933) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 33525521.— (Fr. 56381091.—) erteilt worden. Davon wurden Fr. 31557054.— (Fr. 55179158.—) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr. 1968467.— (Fr. 1201932.—) den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen 742 (2091).

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbschaften	2 071 (2 664)	1 431 013.—
Lotteriegewinne	717 (902)	791 081.—
Übrige	180 (463)	313 705.—
Total	2 968 (4 029)	2 535 799.—

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Erträgen

Gestützt auf die Vorschriften in den Doppelbesteuerungsabkommen mit ausländischen Staaten hatte sich das Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen betreffend ausländische Quellensteuern zu befassen:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA):

a) im ordentlichen Verfahren 273 (1554) Anträge mit Fr. 329215.—;
b) im vorzeitigen Verfahren 27 (45) Anträge mit Fr. 13228.—.

Zudem mussten 457 (100) Meldungen (Information returns) über amerikanische Erträge geprüft werden.

Bescheinigungen über Wohnsitz und Versteuerung im Kanton Bern waren sodann abzugeben auf Grund der DBA mit Deutschland 1409 (1131), Finnland 1 (0), Frankreich 358 (293), Grossbritannien 74 (42), den Niederlanden 813 (766), Norwegen 6 (0), Österreich 10 (14) und Schweden 61 (79).

3. Wertschriftenbewertung

Es sind 1939 (2045) nichtkotierte Aktien und Anteile bernischer Gesellschaften bewertet worden. In 233 (14) Einsprachefällen waren Vernehmlassungen abzugeben.

J. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abt. Gemeindesteuerwesen hat 4371 (2710) Gemeindesteuerteilungen durchgeführt. Von insgesamt 53 (42) Einsprachen sind 37 (21) erledigt worden. Es wurde keine Beschwerde erhoben (1).

Finanzausgleich: Beitragsberechtigt waren 274 (267) Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 270844 (255866). In 93 (114) Fällen mussten Beitragskürzungen im Gesamtbetrage von Fr. 533780.— (Fr. 481520.—) vorgenommen werden.
Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleich beliefen sich auf Fr. 4425732.— (Fr. 4476471.—), die des Staates auf Fr. 2790544.—.
Die Guthaben des Fonds belaufen sich auf Fr. 9512359.— (Fr. 7284577.—). Sie setzen sich zusammen aus den Bankensteuern 1966 des Staates und der Gemeinden sowie aus der Vergütungsdifferenz 1966 nach Artikel 1 Ziffer 4 Finanzausgleichsgesetz. Zahlungen aus dem Hauptfonds an die beitragsberechtigten Gemeinden Fr. 6754760.— (Fr. 6417410.—) und aus dem Sonderfonds Fr. 15000.— (Fr. 8500.—).
Der Hauptfonds weist auf Ende Jahr ein Vermögen aus von Fr. 29461272.— (Fr. 25729583.—), einschliesslich der Guthaben von Fr. 9512359.—. Der Sonderfonds steht unverändert mit Fr. 1000000.— zu Buch.
Auch im Berichtsjahr hat sich die Abt. Gemeindesteuerwesen intensiv mit Lochkartenfragen befassen müssen (Instruktion der Gemeinden). Sie hat überdies für das in Arbeit stehende Quellensteuerdekret zahlreiche Tarifentwürfe erstellt.

K. Tabellen

1. Netto-Steuerertrag 1966 nach Veranlagungskreisen

Konto 1945	Bern-Stadt Fr.	Mittelland Fr.	Seeland Fr.	Emmental Fr.	Oberland Fr.	Jura Fr.	Total Fr.
200 Einkommensteuer natürliche Personen	63 246 025.95	47 208 427.25	39 650 191.80	29 223 095.70	31 921 659.05	30 109 197.13	241 358 596.88
210 Vermögensteuer natürliche Personen	5 474 307.80	4 447 170.55	2 861 299.10	3 138 046.90	2 775 192.75	2 284 870.60	20 980 887.70
201 Gewinnsteuer AG und GmbH	12 753 054.55	4 010 901.70	9 942 878.20	5 189 161.30	2 338 460.15	4 803 805.15	39 038 261.05
202 Gewinn- + Ertragsteuer der Genossenschaften	2 686 541.85	540 270.75	567 731.70	444 852.30	461 466.10	156 581.05	4 857 443.75
203 Einkommensteuer übrige juristische Personen	649 543.—	288 125.40	357 631.—	248 935.40	254 978.45	213 774.50	2 012 987.75
205 Holdingsteuer	102 556.05	133 653.10	39 826.25	5 253.85	—.—	637.—	281 926.25
211 Kapitalsteuer AG und GmbH	3 908 334.35	984 928.95	2 017 556.40	1 335 640.55	928 008.20	1 488 782.55	10 663 251.—
212 Kapital- + Vermögensteuer der Genossenschaften	700 645.55	181 974.85	180 297.95	193 239.30	133 949.10	43 650.75	1 433 757.50
213 Vermögensteuer übrige juristische Personen	311 067.65	98 280.40	253 738.25	105 599.65	129 649.40	154 309.—	1 052 644.35
204 Vermögensgewinnsteuer	—.—	6 849 934.25[1]	3 071 566.25	1 963 560.40	3 050 957.13	1 189 245.50	16 125 263.53
220 Nach- und Strafsteuern	294 036.85	120 559.70	137 833.40	81 792.50	97 281.25	116 050.70	847 554.40
221 Eingang abgeschriebener Steuern (nicht aufgeteilt)							106 209.75
	90 126 113.60	64 864 226.90	59 080 550.30	41 929 177.85	42 091 601.58	40 560 903.93	338 758 783.91

[1] Einschliesslich Gemeinde Bern

2. Netto-Steuerertrag 1966 nach Amtsbezirken bzw. Amtsschaffnereien

Amtsschaffnerei	Einkommensteuer natürliche Personen Fr.	Vermögensteuer natürliche Personen Fr.	Gewinnsteuer AG und GmbH Fr.	Gewinn- und Ertragsteuer Gen. Fr.	Einkommensteuer übrige jurist. Personen Fr.	Holdingsteuer Fr.	Kapitalsteuer AG und GmbH Fr.	Kapital- und Vermögensteuer Gen. Fr.	Vermögensteuer übrige jurist. Personen Fr.	Vermögensgewinnsteuer Fr.	Nachsteuer Fr.	Total Fr.
Aarberg	4 876 184.30	421 435.25	777 446.10	123 356.70	29 518.15		220 757.90	53 985.40	16 292.50	262 685.70	8 415.20	6 790 077.20
Aarwangen	8 642 069.—	1 070 906.25	2 608 671.45	37 346.15	112 452.35	5 004.70	721 062.05	12 060.75	46 547.65	716 093.90	16 005.95	13 988 220.20
Bern-Stadt	63 246 025.95	5 474 307 80	12 753 054.55	2 686 541.85	649 543.—	102 556.05	3 908 334.35	700 645.55	311 067.65		294 036.85	90 126 113.60
Bern-Land	39 461 310.45	3 692 840.30	3 448 312.40	293 179.50	279 207.25		802 964.—	94 616.40	84 294.30	6 247 679.20	99 596.10	54 503 999.90
Biel	33 176 280.90	2 294 115.90	9 054 747.30	435 851.40	319 701.60	39 826.25	1 766 466.55	123 723.—	228 822.40	2 696 564.75	79 828.45	50 215 928.50
Burgdorf	16 847 846.10	1 621 455.35	2 289 380.95	353 188.45	120 909.80	249.15	511 683.95	158 710.65	51 250.40	1 070 005.60	50 682.90	23 075 363.30
Courtelary	6 494 733.45	492 300.85	1 133 044.90	14 313.75	37 396.95	134.50	395 804.75	7 202.55	38 947.55	221 545.20	67 218.55	8 902 643.—
Delsberg	4 797 942.95	262 938.70	315 991.85	15 545.90	71 203.45		107 821.40	4 655.35	47 282.50	185 843.75	6 892.60	5 816 118.45
Erlach	1 597 726.60	145 747.95	110 684.80	8 523.60	8 411.25		30 331.95	2 589.55	8 623.35	112 315.80	49 589.75	2 074 544.60
Freibergen	1 259 057.60	87 445.25	150 403.65	11 536.30	9 096.45		32 335.05	2 286.25	6 367.85	92 330.15	270.—	1 651 128.55
Frutigen	2 402 859.20	233 241.05	150 857.90	20 770.80	8 945.30		60 905.40	3 093.15	6 970.35	241 664.35	11 068.40	3 140 375.90
Konolfingen	7 747 116.80	754 330.25	562 589.30	247 091.25	8 918.15	133 653.10	181 964.95	87 358.45	13 986.10	602 255.05	20 963.60	10 360 227.—
Laufen	2 781 435.85	157 087.10	918 824.10	37 617.70	28 647.—		256 578.50	5 701.10	18 539.25	252 926.55	1 401.80	4 458 758.95
Münster	7 354 100.50	585 708.80	1 758 721.30	17 261.60	60 314.50		580 134.05	7 776.80	34 305.70	150 703.60	8 930.—	10 557 956.85
Neuenstadt	1 066 489.35	73 668.30	87 961.35	5 306.95	1 635.35		21 293.25	981.55	5 933.—	120 670.—	4 102.45	1 388 041.55
Oberhasli	1 307 325.50	88 024.70	229 396.95	32 704.70	48 265.35		160 588.45	8 907.70	18 602.30	51 637.55	918.85	1 946 372.05
Pruntrut	6 355 437.43	625 721.60	438 858.—	54 998.85	5 480 80	502.50	94 815.55	15 047.15	2 933.15	165 226.25	27 235.30	7 786 256.58
Saanen	1 846 921.65	200 456.35	66 447.—	9 088.80	9 883.65		63 258.75	1 510.20	7 456.70	161 770.60	1 287.—	2 368 080.70
Thun-Stadt	8 299 287.85	734 952.85	703 425.25	219 657.35	15 666.85		202 240.40	61 660.90	5 651.75		14 322.30	10 256 865.50
Thun-Amt	18 065 264.85	1 518 517.80	1 188 333.05	179 244.45	172 217.30		441 015.20	58 777.15	90 968.30	2 595 884.63	69 684.70	24 379 907.39
Trachselwald	3 733 180.60	445 685.30	291 108.90	54 317.70	15 573.25		102 894.55	22 467.90	7 801.60	177 460.90	15 103.65	4 865 594.43
Total	241 358 596.88	20 980 887.70	39 038 261.05	4 857 443.75	2 012 987.75	281 926.25	10 663 251.—	1 433 757.50	1 052 644.35	16 125 263.53	847 554.40	338 652 574.16
											Eingang abgeschriebener Steuern (ganzer Kanton)	+ 106 209.75
											Total direkte Steuern:	338 758 783.91

V. Personalamt

1. Besoldungen

Mit der im Jahre 1966 ausgerichteten Teuerungszulage von 8,5% konnte der Landesindex der Konsumentenpreise bis zu einem Stand von 214,6 Punkten ausgeglichen werden. Da der Index jedoch bereits im Januar 1966 221,3 Punkte betrug und bis Dezember 1966 auf 230,2 Punkte hinaufkletterte, ergab sich ein Jahresdurchschnitt pro 1966 von insgesamt 225,0 Punkten.
Mit der vom Grossen Rat am 16. November 1966 beschlossenen Nach-Teuerungszulage von 5% konnte die in der Zwischenzeit eingetretene massive Teuerung bis zu einem Indexstand von 224,5 Punkten ausgeglichen werden.

2. Übrige Anstellungsverhältnisse

Das Berichtsjahr stand im übrigen im Zeichen einer angespannten Marktlage auf dem Personalsektor, was zwangsläufig zu einer weiteren Zunahme der Rekrutierungsschwierigkeiten führte. So mussten in Anwendung von § 12 des Besoldungsdekretes die Anfangsbesoldungen für die Lehrer und Lehrerinnen an den Erziehungsheimen sowie diejenigen der Oberärzte verbessert werden. Ferner mussten die Aufstiegsmöglichkeiten für die Ärzte, Mittelschullehrer und Steuerexperten aus Konkurrenzgründen erleichtert werden.

3. Personalkommission

Diese paritätisch zusammengesetzte Kommission hielt im Jahre 1966 insgesamt 10 Sitzungen ab. Sie sprach sich über die laufenden Personalprobleme aus und betätigte sich im übrigen auch als begutachtende Kommission, indem sie zuhanden des Regierungsrates 20 Rekurse betreffend Stelleneinreihung behandelte.

4. Personalstatistik

Nur vorübergehend beschäftigte Aushilfen mit geringem Beschäftigungsgrad sind in der Statistik, die sich bezüglich des fest angestellten und über Lochkarten besoldeten Personals auf die Angaben der Abteilung für Datenverarbeitung stützt, nicht enthalten.

Die Staatsverwaltung beschäftigte auf Ende 1966:

Direktionen	Männer	Frauen	Zusammen	in Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
Präsidialverwaltung	34	6	40	40	—
Volkswirtschaft	290	133	423	418	+ 25
Justiz	551	208	759	750	— 13
Gesundheitswesen	634	709	1 343	1 335	+ 6
Polizei	1 183	163	1 346	1 344	+ 29
Militär	195	21	216	216	— 6
Kirchen	530	3	533	532	+ 18
Finanzen	422	95	517	512	— 6
Erziehung	1 149	562	1 711	1 429	+ 106
Bau	619	20	639	636	+ 1
Verkehr, Energie- u. Wasserwirtschaft	27	15	42	42	+ 5
Forsten	267	16	283	195	— 1
Landwirtschaft	195	99	294	294	— 6
Fürsorge	107	115	222	221	+ 22
Gemeinde	7	4	11	10	—
Total	6 210	2 169	8 379	7 974	+ 180

Die bedeutendsten Veränderungen im Personalbestand erklären sich wie folgt:

Volkswirtschaftsdirektion (+25): Das Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV vom 17. April 1966 bedingte beim Versicherungsamt die Errichtung einer Anzahl neuer Stellen; desgleichen mussten im Zusammenhang mit dem auf den 1. Februar 1966 in Kraft getretenen neuen Arbeitsgesetz und der neuen Chauffeurverordnung beim Industrie- und Gewerbeinspektorat neue Stellen geschaffen werden.

Polizeidirektion (+ 29): Die Zunahme fällt fast ausschliesslich auf die Vergrösserung des Polizeikorps. Ferner konnten im Berichtsjahre einige vakante Stellen in den Straf- und Verwahrungsanstalten besetzt werden.

Kirchendirektion (+ 18): Errichtung neuer und Besetzung diverser verwaister Pfarrstellen.

Erziehungskirektion (+ 106): Neue Lehrstellen an Seminarien. Zufolge der weiterhin steigenden Studentenzahlen und der Einführung neuer Vorlesungen, Seminarien und Praktika mussten an der Universität wiederum sehr viele neue Stellen (Dozenten, Assistenten, Institutspersonal) errichtet werden.

Fürsorgedirektion (+ 22): Die bisher der Erziehungsdirektion zugeordnete Sprachheilschule Münchenbuchsee (38 vom Staat besoldete Personen) wurde neu der Direktion des Fürsorgewesens unterstellt. Ansonst hätte der Personalbestand dieser Direktion sogar um 16 Personen abgenommen.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Personalbestand der bernischen Staatsverwaltung um 1778 Personen bzw. um 28,7%, nämlich von 6196 auf 7974 Personen, erhöht. Von dieser Erhöhung entfallen 725 Personen oder über 40% allein auf die Erziehungsdirektion. Im vergangenen Jahrzehnt musste bekanntlich der Lehrkörper der staatlichen Bildungsanstalten sehr bedeutend vergrössert werden. Insbesondere erforderte der Ausbau der Universität sowie deren Institute und Kliniken die Schaffung mehrerer hundert neuer Stellen. Zur Illustration sei lediglich erwähnt, dass innerhalb von nur fünf Jahren (1962 bis 1966) die Zahl der an den diversen Fakultäten tätigen Assistenten und Oberassistenten von 228 auf 379, d. h. um 151 oder 66,2%, erhöht werden musste.

Entwicklung des Personalbestandes und der Besoldungen 1960–1966

Jahr	Personalbestand		Besoldungen		Besoldungen pro Kopf	
	absolut	1960=100	absolut in 1000 Fr.	1960=100	absolut in Franken	1960=100
1960	6 727	100	87 557	100	13 016	100
1961	6 969	103,6	92 759	105,9	13 310	102,2
1962	7 172	106,6	107 771	123,1	15 027	115,4
1963	7 420	110,3	117 338	134,0	15 809	121,5
1964	7 649	113,7	124 497	142,2	16 276	125,0
1965	7 794	115,9	137 416[1]	156,9	17 611	135,3
1966	7 974	118,5	145 053[1]	165,7	18 191	139,8

[1] Ohne Besoldungen der nur vorübergehend beschäftigten Aushilfen.

VI. Versicherungskasse

Auf den 1. Januar 1966 wurde Dr. Heinz Schmid, Versicherungsmathematiker, mit der Leitung der Versicherungskasse beauftragt. In Personalunion steht er auch der Bernischen Lehrerversicherungskasse vor.

Am *21. November 1966* hat der Grosse Rat das Dekret über die Organisation der Finanzdirektion abgeändert und die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung sowie die Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern zu einer selbständigen Abteilung mit der Bezeichnung «Versicherungskasse» zusammengefasst.

A. Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung

Durch Dekret vom 16. November 1966 wurde den Rentenbezügern der Versicherungskasse eine zusätzliche Teuerungszulage von 5% für das Jahr 1966 bewilligt. Gleichzeitig hat der Grosse Rat die Teuerungszulagen pro 1967 auf 21,5% für die vor dem 1. Januar 1965 und auf 13,5% für die nach diesem Zeitpunkt zurückgetretenen Rentenbezüger festgesetzt. Die festen Teuerungszulagen an Bezüger von minimalen AHV- und IV-Renten sowie an Bezügerinnen von AHV-Witwenrenten wurden auf den 1. Januar 1967 den um 10% verbesserten AHV- und IV-Renten entsprechend angepasst. Die an die Rentenbezüger für Rechnung des Staates ausbezahlten Teuerungszulagen betragen *Fr. 3124854.05.*

Jahresrechnung 1966

Rentenversicherung	Fr.
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	30 037 077.04
Ausgaben	15 030 282.65
Einnahmenüberschuss 1966	15 006 794.39
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	238 986 628.85
Kapitalbestand am 31. Dezember 1965	223 979 834.46
Kapitalvermehrung 1966	15 006 794.39
Sparversicherung	
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	4 228 493.20
Ausgaben	2 930 318.20
Einnahmenüberschuss 1966	1 298 175.—
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	26 654 933.10
Kapitalbestand am 31. Dezember 1965	25 356 758.10
Kapitalvermehrung 1966	1 298 175.—
Sparkasse	
Einnahmen	449 989.90
Ausgaben	246 605.25
Einnahmenüberschuss 1966	203 384.65
Kapitalrechnung	Fr.
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	2 831 353.40
Kapitalbestand am 31. Dezember 1965	2 627 968.75
Kapitalvermehrung 1966	203 384.65
Unterstützungskasse	
Einnahmen	13 713.85
Ausgaben	21 682.70
Ausgabenüberschuss 1966	7 968.85
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	235 053.05
Kapitalbestand am 31. Dezember 1965	243 021.90
Kapitalabnahme 1966	7 968.85

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Versicherungskasse verwiesen.

B. Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Im Laufe des Jahres 1966 ist die Ausgleichskasse des Kantons Bern zur einheitlichen Auszahlung der AHV- und IV-Renten durch die elektronische Datenverarbeitungsanlage übergegangen. In diesem Zusammenhang hat sie ab 1. August 1966 auch die Auszahlung der bisher durch die Zweigstelle Staatspersonal ausbezahlten AHV-Renten übernommen. Am 1. Juli 1966 ist das Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 17. April 1966 in Kraft getreten. Der Zweigstelle Staatspersonal obliegt die Entgegennahme der entsprechenden Anmeldungen und die Berechnung der Ergänzungsleistungen für die von der kantonalen Fürsorgedirektion betreuten Anstaltsinsassen, während die Auszahlung der Leistungen ebenfalls durch die Hauptkasse erfolgt.
Im Geschäftsjahr der Ausgleichskasse (1. Februar 1966 bis 31. Januar 1967) betrugen die Einnahmen an Beiträgen und Verwaltungskosten Fr. 11419881.54, während die Aufwendungen für Renten (bis 31. Juli 1966) und Erwerbsausfallentschädigungen eine Summe von Fr. 5279401.80 erforderten. An die Hauptkasse sind Fr. 6110000.— abgeliefert worden.
Pro 1966 sind dem Staat für sein Militärdienst leistendes Personal an Erwerbsausfallentschädigungen Fr. 600904.95 vergütet worden. Ferner wurden der kantonalen Fürsorgedirektion für die von ihr unterstützten Berechtigten in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli Fr. 362168.— überwiesen. Von der Hauptkasse erhielt die Zweigstelle einen Verwaltungskostenbeitrag von Franken 105251.—. In zwei Revisionen prüfte die von der Hauptkasse beauftragte Revisionsstelle die Geschäftsführung der Zweigstelle. Ausserdem wurde durch die gleiche Stelle bei den der Zweigstelle angeschlossenen Abrechnungspflichtigen eine Arbeitgeberkontrolle durchgeführt. Diese Revisionen geben zu keinen besondern Bemerkungen Anlass.

VII. Liegenschaftsverwaltung

Grundstückverkehr. Im Berichtsjahr wurden für den Bau der National-, Haupt- und Umfahrungsstrassen bzw. zur Leistung von Realersatz im Landumlegungsverfahren folgende Kaufverträge abgeschlossen:

a) Für den Nationalstrassenbau

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtl. Wert Fr.	Halt a
Michel Rud., Erbengemeinschaft	1 Landparzelle	Bönigen	5 900.—	3,57
Siegenthaler Christian, Thun	Heimwesen mit 1 Landparzelle	Thun	90 310.—	1 030,80
Bernische Kraftwerke AG, Bern	1 Landparzelle	Wileroltigen	5 540.—	181,18
Balmer Walter, Erbengemeinschaft	2 Landparzellen	Mühleberg	4 010.—	130,12
Kern Romain, Neuenstadt	1 Landparzelle	Neuenstadt	12 960.—	7,21
		Total:	118 720.—	1 352,88

b) Für den Haupt- und Umfahrungsstrassenbau

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtl. Wert Fr.	Halt a
Weidmann Alfred, Kallnach	1 Landparzelle	Bargen	1 520.—	41,18
Weidmann Alfred, Kallnach	4 Landparzellen	Kallnach	5 890.—	161,32
Köhli Richard, Kloten	4 Landparzellen	Niederried	2 280.—	69,98
Morel Rose, Bassecourt	1 Landparzelle	Bassecourt	1 310.—	48,50
Baour Laurent & Kons.	1 Landparzelle	Bassecourt	90.—	6,75
Baour Laurent & Kons.	Heimwesen mit 13 Landparzellen	Boécourt	39 570.—	484,46
Monnin, Erbengemeinschaft	2 Landparzellen	Bassecourt	2 810.—	166,40
Mahon Nelly und Kinder, Glovelier	3 Landparzellen	Glovelier	1 380.—	79,25
Mahon Nelly und Kinder, Glovelier	1 Landparzelle	Boécourt	690.—	38,45
Girard Geneviève, Paris	5 Landparzellen	Glovelier	2 440.—	125,25
Borer Yvonne, Glovelier	2 Landparzellen	Glovelier	1 520.—	101,35
Jeanguenat Alph. und André, Boncourt	3 Landparzellen	Glovelier	780.—	35,10
Wyss Jean, Unterseen	1 Landparzelle	Oberried	8 550.—	45,03
Kaiser Otto & Kons., Grellingen	1 Landparzelle	Grellingen	780.—	8,65
Felder Yvonne, Neuhausen	1 Landparzelle	Liesberg	190.—	14,73
Morel André, Soyhières	1 Landparzelle	Liesberg	280.—	21,65
Moser, Erbengemeinschaft, Roches	Wohnhaus mit 1 Landparzelle	Roches	16 700.—	24,91
Küenzi-Krebs Ernst, Schwadernau	4 Landparzellen	Schwadernau	2 810.—	77,00
Wahli-Jenni Hermann, Schwadernau	2 Landparzellen	Schwadernau	3 080.—	89,66
Währen Karl, Wiedlisbach	1 Landparzelle	Wiedlisbach	1 660.—	8,32
		Total:	94 330.—	1 647,94

Die Kaufpreise für die hievor aufgeführten Liegenschaftskäufe hielten sich durchwegs in vernünftigem Rahmen und wurden auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 15. November 1962 über entsprechende Sonderkontos verbucht.

Statistik über die Landkäufe für den National-, Haupt- und Umfahrungsstrassenbau:

Ankäufe 1958	321 982 m²
Ankäufe 1959	420 601 m²
Ankäufe 1960	599 023 m²
Ankäufe 1961	632 287 m²
Ankäufe 1962	550 064 m²
Ankäufe 1963	397 019 m²
Ankäufe 1964	580 908 m²
Ankäufe 1965	560 339 m²
Ankäufe 1966	300 082 m²
Total	4 362 305 m²

Reben

Die Reben in Spiez ergaben im Berichtsjahr einen Ertrag von 14595 kg weisse und 17880 kg blaue Trauben, total 32475 kg, was einen Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr von 14405 kg bedeutet. Der Reinertrag im Berichtsjahr betrug Fr. 20481.10 (1965: Defizit von Fr. 544.30). Es kann eine sehr gute Qualität des Weines erwartet werden.
Die Ernte der Reben in Neuenstadt betrug im Berichtsjahr 4936 kg weisse und 2219 kg blaue Trauben, total 7155 kg, was einen Minderertrag gegenüber dem Vorjahr von 899 kg bedeutet. Entsprechend dem Minderertrag konnte 1966 lediglich ein Reingewinn von Fr. 2003.20 erzielt werden. Dank den sonnigen Herbsttagen kann ebenfalls eine gute Qualität des Weines erwartet werden.

A. Ankäufe

Amt Aarberg

Durch die Forstdirektion und zuhanden der Naturschutzverwaltung wurde in Kallnach von der Firma Aebi, Kraut & Cie die Landparzelle Nr. 1415, mit einem amtlichen Wert von Fr. 5460.— zum Preise von Fr. 61085.— erworben.

Amt Bern

Für die Bedürfnisse der Universität wurde von der Burgergemeinde Bern die Landparzelle Nr. 1192, auf dem Viererfeld/Enge, Gemeinde Bern, im Halte von 167051 m² und mit einem amtlichen Wert von Fr. 398500.— zum Preise von Fr. 33410200.— erworben. Als Realersatz für die an die Gemeinde Bolligen (siehe unter Verkäufe) abgetretene Parzelle Nr. 102 ist von Herrn Rudolf Bienz die Parzelle Nr. 1033 an der Zollgasse, Gemeinde Bolligen, im Halte von 24314 m² gekauft worden. Der Kaufpreis betrug Fr. 2700000.— und der amtliche Wert Fr. 9240.—.

Amt Burgdorf

Zur Sicherung eines Grundwasservorkommens wurde in Koppigen von Herrn Otto Baumberger die Parzelle Nr. 231, Chräzere, im Halte von 36847 m² und mit einem amtlichen Wert von Franken 14370.— zum Preise von Fr. 258000.— erworben.

Amt Biel

Infolge Auflösung der AG Atlantic-Haus, Biel, ist die Parzelle Nr. 6341 von Biel, im Halte von 617 m², mit dem daraufstehenden Gebäude Veresiusstrasse 2, in die staatseigenen Domänen übergegangen. Der amtliche Wert betrug Fr. 1307000.—.

Amt Freibergen

In Les Breuleux wurde zuhanden des Oberingenieur-Kreises V in Delsberg von der Firma Scierie Boillat SA eine Landparzelle im Halte von 710 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 2550.— zum Preise von Fr. 4260.— gekauft.

Amt Münster

Als Viehsömmerungs- und Bergbetrieb für das Erziehungsheim Landorf in Köniz ist in Monible von Hugo Schumann ein Heimwesen bestehend aus 240001 m² Land, Wohnhaus mit Scheune und Stallungen, Speicher und Remise, zum Preise von Franken 240000.— erworben worden. Der amtliche Wert betrug Fr. 71970.—.

Amt Neuenstadt

Als Beitrag zur Schaffung einer Schutzzone im Gebiet des Schlossberges wurden in Neuenstadt von Max Lévy und Carl Galli die Parzellen Nr. 572 und 573, Blanchardes, im Halte von zusammen 3444 m², mit einem amtlichen Wert von Fr. 2620.—, zum Preise von Fr. 170000.— gekauft.

Amt Pruntrut

In St-Ursanne ist das Heimwesen «Champs Fallats», Grundbuchblatt Nr. 261, bestehend aus Bauernhaus, Wagenschopf, nebst Umschwung, Wies- und Ackerland, Hofstatt und Weide im Halte von 134292 m², von Joseph Marchand gekauft worden. Der Kaufpreis betrug Fr. 650000.— und der amtliche Wert Fr. 64310.—. Da der Ankauf dieses Heimwesens zur Hauptsache zur Schaffung einer Wasserschutzzone stattfand, ist vorgesehen, den Kaufpreis im Verhältnis zu der für eine Trinkwasserversorgung beanspruchten Landfläche als Beitrag des Staates an die für solche Werke übliche Subvention als Vorleistung in Anrechnung zu bringen.

Amt Saanen

Durch die Forstdirektion und zuhanden der Naturschutzverwaltung wurden in Lauenen von Christian Brand 2 Landparzellen im Halte von total 443 m², mit einem amtlichen Wert von Fr. 40.—, zum Preise von Fr. 7974.— erworben.

Kanton Freiburg

Ebenfalls durch die Forstdirektion und zuhanden der Naturschutzverwaltung ist in Fräschels von der Firma Aebi, Kraut & Cie die Parzelle Nr. 1661, im Halte von 2998 m², mit einem amtlichen Wert von Fr. 510.—, zum Preise von Fr. 3330.— gekauft worden.

B. Verkäufe und Abtretungen

Amt Aarwangen

Die Waldhofstrasse in Langenthal, Grundbuchblatt Nr. 506, im Halte von 1038 m², ist an die Einwohnergemeinde Langenthal unentgeltlich verkauft worden. Durch diese Abtretung wurde der Staat von der Beitragsleistung an den Strassenausbau befreit.

Amt Bern

Zum Zwecke der Erstellung einer Sekundarschulanlage wurde der Einwohnergemeinde Bolligen die zur Waldaudomäne gehörende Parzelle Nr. 102, in der Wegmühle, Gemeinde Bolligen, im Halte von 24057 m², mit einem amtlichen Wert von Fr. 43300.—, zum Preise von Fr. 1900000.– abgetreten.

Amt Konolfingen

Das Pfrundgut Zäziwil, im Halte von 2487 m², mit einem amtlichen Wert von Fr. 32800.—, wurde unter gleichzeitiger Ausrichtung einer Loskaufsumme für die Unterhaltspflicht von Fr. 50000.— an die Kirchgemeinde Grosshöchstetten abgetreten.

Amt Münster

Für den Bau von 3 Einfamilienhäusern sind in Saicourt an 2 Pfleger der Anstalt Bellelay und an einen Staatswegmeister total 2537 m² Land zum Preise von Fr. 1.— pro m² abgetreten worden; amtlicher Wert total Fr. 550.—.

Amt Oberhasli

Von der Amthausparzelle in Meiringen gingen für eine Strassenkorrektur 3 m² Land an die Gemeindestrasse ab.

Amt Seftigen

Für eine Strassenkorrektion in Kirchdorf sind vom dortigen Pfrundgut 66 m² Land zum Preise von Fr. 132.– an die Einwohnergemeinde Kirchdorf abgetreten worden.

Amt Signau

Mit Abtretungsvertrag vom 6. Dezember 1966 ist der Kirchgemeinde Lauperswil unter gleichzeitiger Ausrichtung einer Loskaufsumme von Fr. 60000.— das dortige Kirchenchor abgetreten worden; amtlicher Wert Fr. 35500.—.

Amt Trachselwald

Zur Erstellung einer Turnhalle wurde vom Pfrundgut in Eriswil ein Abschnitt von 681 m², amtlicher Wert Fr. 310, zum Preise von Fr. 8172.— an die dortige Einwohnergemeinde abgetreten. Zum Zwecke einer Grenzbereinigung trat der Staat von seiner Pfrunddomäne Wasen in Sumiswald einen Abschnitt von 71 m² der Kirchgemeinde Wasen unentgeltlich ab.

C. Abtausche

Amt Aarwangen

In Aarwangen fand mit der Burgergemeinde Aarwangen im Sinne einer Arrondierung und Grenzbereinigung ein Abtausch von 528 m² gegen 528 m² statt; dieser erfolgte wertgleich. Im Zusammenhang mit der Verlegung der Bahnlinie und der Korrektion der Staatsstrasse in Aarwangen fanden verschiedene Terrainmutationen statt. Der Staat trat 5011 m² ab, erhielt dagegen 2060 m². Für den Mehrhalt der abgetretenen Terrainabschnitte erhielt der Staat eine Entschädigung von total Fr. 5780.—.

Amt Bern

Gemäss Messurkunde zur Planänderung Geschäft Nr. 1726 des Vermessungsamtes der Stadt Bern vom 16. Dezember 1966 gingen 8605 m² von der Parzelle Nr. 1972, Kreis IV, Bern, an die Autobahnparzelle Nr. 3683 ab; ein Teilstück von 1486 m² letzterer Parzelle ging dagegen an die Staatsparzelle Nr. 3667, Kreis IV, Bern. Für den Mehrhalt von 7119 m² des abgetretenen Landes erhielt der Staat einen Betrag von Fr. 498330.—.

Amt Wangen

Im Zusammenhang mit der Güterzusammenlegung in Niederbipp gingen vom dortigen Pfrundgut 4136 m² Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 2200.— ab; dagegen erhielt der Staat eine Fläche von 5160 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 2320.—.

D. Baurechte

Im Berichtsjahr wurden im Sinne von Artikel 675 und 779 ZGB folgende selbständige und dauernde Baurechte eingeräumt:

Der Grosse Schanze AG, Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern zu Lasten der Grundstücke Nrn. 383, 697 und 699, Kreis II von Bern, im Halte von total 30673 m² auf die Dauer von 89 Jahren zum Zwecke der Erstellung und der Belassung von verschiedenen Gebäulichkeiten und Anlagen, gegen Bezahlung einer jährlichen Grundrente von Fr. 14722.—.

Der Aktiengesellschaft Buchdruckerei B. Fischer in Münsingen zu Lasten Münsingen-Grundstücke Nr. 6 IX im Halte von 1055,40 Aren und Nr. 834 im Halte von 762 Aren auf die Dauer von 60 Jahren zum Zwecke der Erweiterung des bestehenden Buchdruckereigebäudes, gegen Bezahlung einer jährlichen Grundrente von Fr. 4812.—.

E. Mietverträge

Zur Unterbringung von verschiedenen Instituten der Universität Bern sowie Verwaltungsabteilungen der Staatsverwaltung mussten eine Anzahl Räumlichkeiten gemietet und die entsprechenden Mietverträge abgeschlossen werden.

Zuwachs durch Ankäufe (exklusive National- und Hauptstrassen) und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg				—	5 460.—	61 085.—
Aarwangen			15	73	4 180.—	—.—
Bern		19	34	85	415 540.—	36 110 200.—
Burgdorf		3	68	47	14 370.—	258 000.—
Biel	1		6	17	1 307 000.—	—.—
Freibergen			7	10	2 550.—	4 260.—
Münster	3	24	00	01	71 970.—	240 000.—
Neuenstadt			34	44	2 620.—	170 000.—
Pruntrut	2	13	42	92	64 310.—	650 000.—
Saanen				—	40.—	7 974.—
Wangen			51	60	2 320.—	—.—
Kanton Freiburg				—	510.—	3 330.—
	6	61	61	29	1 890 870.—	37 504 849.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarwangen			55	62	3 750.—	5 780.—
Bern		3	32	96	71 000.—	2 398 330.—
Konolfingen	2		24	87	32 800.—	—.—
Münster			25	37	550.—	2 537.—
Oberhasli				3	—.—	—.—
Seftigen				66	30.—	132.—
Signau	1		1	00	35 500.—	—.—
Trachselwald			7	52	570.—	8 172.—
Wangen			41	36	2 200.—	4 250.—
	3	4	89	39	146 400.—	2 419 201.—

Seegrund

Infolge Terrainmutationen für die Busausstellbucht beim Hotel Beatus in Merligen wurden an Mélanie Frey-Forster 151 m² Seegrund vom Thunersee gegen 32 m² tauschweise abgetreten. Der Tausch erfolgte wertgleich.

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 1. Januar 1966	3 380	33	49	195 302 670.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	61	61	29	1 890 870.—
b) Neu- und Nachschatzungen sowie ordentliche Berichtigungen	8	61	03	53 405.—
	3 450	55	81	197 246 945.—
Verminderungen im Jahre 1966				
a) Verkäufe und Tausche gemäss Aufstellung	4	89	39	146 400.—
b) Abbrüche und ordentliche Berichtigungen	3	56	39	89 300.—
	3 442	10	03	197 011 245.—

	Fr.
Die Rechnung der Domänen weist einen Ausgabenüberschuss auf von	244 553.96
Im Voranschlag (exkl. Domänen-An- und -Verkäufe) war ein Ausgabenüberschuss vorgesehen von	313 300.—
Somit Minderausgabe gegenüber Voranschlag	68 746.04

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

Mehreinnahmen	141 881.64
Mehrausgaben	73 135.60
	68 746.04

VIII. Statistisches Bureau

1. Bevölkerungsbewegung

Geburten, Sterbefälle, Wanderungssaldi und Bevölkerungsstand zeigen seit dem Jahre 1930 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo	Wohnbevölkerung auf Jahresende: Kanton Bern	Zuwachs absolut	Zuwachs in %	Schweiz
1930–1941	124 450	86 905	37 545	+ 2 597				
1941–1950	139 177	73 802	65 375	+ 7 652				
1950–1960	150 056	83 011	67 045	+ 20 535				
1961–1965	83 895	44 686	39 209	+ 31 891				
1961	15 874	8 436	7 438		892 000			5 481 000 [1]
1962	16 446	8 886	7 560		906 000	+ 14 000	1,57	5 608 000 [1]
1963	17 183	9 177	8 006		921 000	+ 15 000	1,66	5 718 000 [1]
1964	17 260	8 968	8 292		935 000	+ 14 000	1,52	5 825 000 [1]
1965	17 132	9 219	7 913		961 000	+ 26 000	2,78	5 880 000 [1]
1966 (prov.)	16 748	9 477	7 271		970 000	+ 9 000	0,94	....

[1]) Wanderungsverlust bis Jahresende berücksichtigt.

Bis 1964 wurde die Wohnbevölkerung jeweils auf Grund der Entwicklung in ausgewählten Gemeinden geschätzt. Ab 1965 wird der Bevölkerungsstand durch eine Vollerhebung bei sämtlichen 492 Gemeinden festgestellt. Anfangs 1966 wurden diese Ergebnisse als Sonderheft Nr. 9 publiziert und kommentiert.

2. Wohnungsproduktion

Die Zahlen der folgenden Statistik über die 179 Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern wurden durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die 313 kleineren Gemeinden durch das Statistische Bureau des Kantons Bern ermittelt:

Neuerstellte Wohnungen in Gemeinden:

Jahresende	mit mehr als 2000 Einwohnern 83 Gemeinden	mit 1000–2000 Einwohnern 96 Gemeinden	mit weniger als 1000 Einwohnern 313 Gemeinden	Total Kanton Bern 492 Gemeinden
1961	6 153	871	571	7 595
1962	5 322	725	902	6 949
1963	4 486	912	727	6 125
1964	5 576	1 013	871	7 460
1965	5 518	943	780	7 241
1966	5 419	1 138	881	7 438

Die 83 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern hatten am 1. Dezember 1960 612656 Einwohner. Der Bevölkerung dieser Gemeinden stand jeweils am 1. Dezember folgender Wohnraum zur Verfügung:

Jahr	Gesamtbestand an Wohnungen	Leerstehende Wohnungen absolut	Leerstehende Wohnungen in %
1961	191 926	742	0,39
1962	195 457	412	0,21
1963	199 750	218	0,11
1964	203 165	419	0,21
1965	208 076	775	0,37
1966	213 189	1 020	0,48

3. Schulhausbausubventionen

Das Statistische Bureau behandelt normalerweise nur die Fälle, welche einen ordentlichen Staatsbeitrag von über 25% auslösen und innerhalb der 20 bzw. 22 ersten Besoldungsbeitragsklassen liegen. Im vergangenen Jahr wurden 31 derartige Gesuche und Voranfragen geprüft, die sich nach Prozenten des zugesicherten Staatsbeitrages wie folgt verteilen:

Staatsbeitrag %	Anzahl Schulgemeinden 1965	1966
bis 29,5	—	1
30–39,5	13	7
40–49,5	9	8
50–59,5	20	9
60–69,5	11	4
70–75	1	2
Total	54	31

Für diese Bauten ergab sich 1966 bei 27 Schulgemeinden die Berechtigung zu zusätzlichen Beiträgen verschiedener Art, nämlich in

15 Fällen wegen starker Dezentralisation des Schulwesens und damit verbundener relativ höherer Belastung der Gemeinden;
14 Fällen wegen Abwanderungsverlusten der Wohnbevölkerung;
3 Fällen wegen besonderer Finanzschwäche der Gemeinden, welche in die 1. und 2. Besoldungsbeitragsklasse eingereiht sind.

Die veranschlagten Kosten der überprüften Gesuche beliefen sich auf Fr. 22312863.—, wovon Fr. 18341638.— subventionsberechtigt waren. Die an diese Summe zugesicherten ordentlichen und zusätzlichen Beiträge machen Fr. 8077761.— aus und betragen im Mittel der behandelten Fälle 44,0%. Dazu kommen für Fr. 34683.— ausserordentliche Beiträge und für Franken 161775.— Beiträge aus dem Fonds für Turn- und Sportwesen. Ferner wurden für Fr. 36580.— Beiträge an den Handfertigkeitsunterricht zugesichert.

4. Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt. Darnach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Gewerbezweige	Gewichtung	1965 Quartale I	II	III	IV	1966 Quartale I	II	III	IV
Textilindustrie	4	125	123	122	119	115	114	113	114
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	5	128	127	121	115	118	117	116	112
Nahrungsmittel, Genussmittel	11	131	132	135	132	130	129	130	130
Chemische Industrie	2	166	166	160	154	155	158	156	154
Papier, Leder, Kautschuk	2	164	165	163	162	160	160	162	161
Graphisches Gewerbe	5	203	206	206	206	207	209	210	209
Holzbearbeitung	7	127	127	125	123	121	119	120	118
Maschinen, Apparate, Metalle	27	225	223	220	217	217	219	216	215
Uhren, Bijouterie	16	140	143	142	141	143	144	145	143
Steine und Erden	3	148	145	142	141	141	141	141	138
Alle Industrien, gewogen	82	169,9	169,6	167,9	165,4	165,4	166,0	165,4	164,1
Baugewerbe	18	229	258	257	171	233	254	256	181
Gewogener Gesamtindex	100	180,5	185,5	183,9	166,4	177,6	181,9	181,7	167,1

Der gewogene Gesamtindex für Industrie und Baugewerbe zusammen nahm Ende 1966 gegenüber dem 4. Quartal 1965 um 0,7 Indexpunkte zu. Setzt man den Jahresdurchschnitt von 1944 gleich 100, so ergibt sich je Ende des 4. Quartals folgender Gesamtindex:

1944 = 103,9	1955 = 132,6
1945 = 112,7	1956 = 138,2
1946 = 129,4	1957 = 143,3
1947 = 131,3	1958 = 135,7
1948 = 128,5	1959 = 136,8
1949 = 115,8	1960 = 144,3
1950 = 121,7	1961 = 154,2
1951 = 132,0	1962 = 163,6
1952 = 128,3	1963 = 168,3
1953 = 128,0	1964 = 171,5
1954 = 129,7	1965 = 166,4
	1966 = 167,1

Der Beschäftigungsgrad wurde von den befragten Firmen meist als befriedigend bis gut bezeichnet.

5. Viehzählungen

Auf die repräsentative Novemberzählung des Schweinebestandes wurde vom Bund aus 1966 verzichtet. Die beiden Frühjahreserhebungen 1965 und 1966 lassen folgende Entwicklung der Bestände erkennen:

	1965 geschätzt	1966 gezählt
Pferde total	28 700	26 229
Rindvieh total	387 000	388 238
Davon Kühe	189 900	186 738
Schweine	328 500	303 856
Hühner	1 535 200	1 512 266
Schafe	33 100	35 609
Ziegen	—	11 282
Bienenvölker	—	66 606

6. Neubearbeitete bzw. überarbeitete Gegenstände

a) Der Regierungsratsbeschluss Nr. 7464 vom 8. November 1966 beauftragte das Statistische Bureau, die Wohnbevölkerung jährlich fortzuschreiben. Die Ergebnisse werden laufend publiziert und dienen als Grundlage für die geschätzte Wohnbevölkerung der Kantone, Städte und Gemeindegruppen.
b) Im Rechnungsjahr 1966 erfolgte eine Vollerhebung über die Gemeindeausgaben für 1965. Die Publikation der Ergebnisse fällt in das Jahr 1967 oder 1968.
c) Im Jahre 1966 wurde eine langfristige Untersuchung des bernischen Fremdenverkehrs in Angriff genommen mit Verarbeitung der Unterlagen seit 1950. Ein Teil der Gesamtresultate für den Kanton ist im Rahmen einer Seminararbeit an der Universität eingereicht worden.
d) «Der Jura und die Staatskasse 1965» wurde in Verbindung mit den Rechnungsführern der Direktionen nochmals bearbeitet.
e) Zwei interne Berichte betrafen die Leistungen des Kantons Bern an Ausserkantonale. Die Ermittlungen stehen im Zusammenhang mit dem Finanzplan der Jahre 1966–1972.
f) Umstellung auf elektronische Berechnung der Verteiler: Es gelang, einige alle Jahre wiederkehrende Berechnungen über die finanziellen Anteile der Gemeinden auf dem Elektronenrechner zu programmieren. Diese Verteilerrechnungen werden dadurch erheblich abgekürzt.

7. Publikationen

a) «Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden des Kantons Bern, Volkszählungsergebnisse 1960», Sonderheft Nr. 7. Für sämtliche Gemeinden des Kantons sind Einzelergebnisse über die Berufsstruktur nach Sektoren aufgeführt.
b) «Die Wohnbautätigkeit der Gemeinden des Kantons Bern 1951 bis 1965», Sonderheft Nr. 8.
c) «Die Wohnbevölkerung der Gemeinden des Kantons Bern Ende 1965», Sonderheft Nr. 9.
d) «Die Kirchengutsrechnungen von 1959 bis 1963 und das Problem des Finanzausgleichs», Sonderheft Nr. 10.
e) «Die Ergebnisse der Grossratswahlen vom 8. Mai 1966», Sonderheft Nr. 11.
f) «Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1964» wurde am 15. Juni 1966 herausgegeben.
g) «Steueranlagen der bernischen Gemeinden für 1966» erschien am 17. Oktober 1966.

IX. Abteilung für Datenverarbeitung

1. Allgemeine Bemerkungen

Während im Vorjahr die Planung und Übernahme von bekannten Arbeiten im Vordergrund stand, waren 1966 neue Aufgaben zu lösen und gleichzeitig grosse Massenauswertungen durchzuführen. Zur Bewältigung dieser rasch angewachsenen Arbeitsmengen genehmigte der Grosse Rat den Antrag auf Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Datenverarbeitungsanlage Bull Gamma 30 S durch den Einbau schnellerer Magnetbandstationen. Ferner mussten zusätzliche Datenerfassungsgeräte (Schreib- und Prüflocher) bestellt werden. Dadurch und zufolge Erhöhung des Personalbestandes um 2 Angestellte dürfte die bestehende Raumknappheit in der Parkterrasse demnächst in eine kritische Platznot übergehen.
Die Personalrekrutierung und die Einreihung junger, qualifizierter Organisatoren und Programmierer verursachten besondere Schwierigkeiten und Umtriebe. Trotz des vergleichs-

weise kleinen Bestandes an Planungspersonal konnten die gestellten Aufgaben innert nützlicher Zeit gelöst werden. Der grosse Einsatz fand seinen Niederschlag im unerwartet hohen Zufluss von Einnahmen aus Arbeiten auf der Datenverarbeitungsanlage, konnten doch an Stelle der budgetierten Fr. 100000.— im Jahre 1966 rund Fr. 320000.— eingenommen werden.

2. Planung, Organisation und Programmierung

Ende 1966 standen 130 Programme im Einsatz. Sie enthalten einen Planungsaufwand von mindestens ebensovielen Mannmonaten und stellen deshalb sowohl bezüglich Geldwert als auch bezüglich investierter Zeit ein ganz beträchtliches Kapital dar.
Die laufenden Planungs- und Programmierungsaufgaben konnten mit den 4 Organisatoren-Programmierern in über 40 Mannmonaten bewältigt werden und erstrecken sich auf folgende Arbeiten:

Ausgleichskasse

- Abschluss der Programmierungsarbeiten für die Auszahlung der AHV- und IV-Renten
- Bereitstellung der Programme für die Übernahme der Rentendaten auf Magnetband
- Planung einer umfassenden Bestandeskontrolle der übernommen Rentendaten
- Programmierung der auf Ende 1966 erfolgten AHV- und IV-Rentenrevision

Autobahnamt

- Entwicklung einer Lösung zur raschen und zuverlässigen Abrechnung der monatlichen Abschlagszahlungen für fertigerstellte Autobahnbauteile auf Grund von Photolecteur-Ausmasskarten.

Inselspital

- Vorbereitung der ersten Studien für den Einsatz unserer Magnetbandanlage auf dem medizinisch-wissenschaftlichen wie auch auf dem verwaltungstechnischen Sektor.

Personalamt

- Neuorganisation des Mutationswesens für die Besoldungen des Staatspersonals.

Steuerverwaltung

- Abschluss der Programmierungsarbeiten für die Wehrsteuerfakturierung.
- Planung des zentralen Wehrsteuerinkassos mit Einzahlungslochkarten.
- Statistiken aller Art.

Statistisches Büro

- Entwicklung eines allgemein verwendbaren statistischen Programmierungssystems.

Strassenverkehrsamt

- Prüfung von Rationalisierungsvorschlägen und Studium zweckmässiger Einsatzmöglichkeiten moderner Datenverarbeitungsanlagen.

Universität

- Unterstützung der Programmierer wissenschaftlicher Probleme und aktive Mitarbeit bei der Verbesserung des Fortrankompilers und beim Aufstellen eines allgemeinen statistischen Auszählprogrammes.

Versicherungskasse

- Abänderung der bisherigen Organisation zufolge Wegfalls der AHV- und IV-Renten.

3. Praktische Auswertungen

Unsere Datenverarbeitungsanlage war im Jahre 1966 während total 3127 Stunden im Einsatz und bedruckte dabei über 1,75 Millionen Formulare und Listen.
Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, teilen sich die Verwaltung einerseits und die übrigen Maschinenbenützer (Universität, Bull, Dritte) anderseits zu je 50% in die Benützung unserer Datenverarbeitungsanlage.

Gliederung des Arbeitsaufwandes nach Sachgebieten

Arbeitsgebiet	Planungsaufwand in Mannmonaten	Anzahl der im Einsatz stehenden Programme	Aufwand in Maschinenstunden		
			Vorbereitungen und Tests	Auswertungen	Zusammen
Ausgleichskasse	10	18	264	356	620
Autobahnamt	10	9	85	4	89
Personalamt	6	43	62	318	380
Steuerverwaltung	8	33	35	428	463
Statistisches Büro	2	5	21	24	45
Versicherungskasse	2	22	18	23	41
Inselspital	2	—	—	—	—
Total Verwaltung	40	130	485	1 153	1 638
Universität					800
Bull					538
Dritte					151
Gesamttotal der Benützungsdauer					3 127

Im einzelnen wurden 1966 für die Verwaltung folgende wichtigsten Auswertungen durchgeführt:

Ausgleichskasse

- Übernahme der auf über 200000 Lochkarten gestanzten Daten auf Magnetband.
- Durchführung einer gründlichen Prüfung und Bestandeskontrolle.
- Monatliche Verarbeitung von über 2000 Mutationen und Auszahlung der 75000 AHV- und 15000 IV-Renten.
- Durchführung der auf Ende 1966 angeordneten AHV- und IV-Rentenrevision.

Autobahnamt

- Monatliche Verarbeitung von rund 200 Ausmasskarten und Erstellen von Abschlagszahlungslisten.

Personalamt

- Neuberechnung sämtlicher Teuerungszulagen im Januar 1966 für das Staatspersonal und die Lehrerschaft.
- Monatliche Verarbeitung von 1500 Mutationen und Auszahlung der Besoldungen für 8000 Lohnempfänger des Staatspersonals und 6000 Lehrerinnen und Lehrer.
- Berechnung und Auszahlung einer Nachteuerungszulage im Dezember für alle Besoldeten.
- Erstellen von 14000 Lohnausweisen, Listen und Statistiken aller Art.

Steuerverwaltung

- Übernahme von 70000 neuen Steuerpflichtigen (über 200000 Lochkarten) auf Magnetband.
- Mutieren von 135000 erfassten Steuerpflichtigen.
- Berechnen und Drucken der Steuerrechnungen für die Staats-, Gemeinde- und Wehrsteuer.
- Drucken von Spezialrechnungen, Karteikarten, Listen und Statistiken aller Art.

Statistisches Büro

- Durchführung verschiedenster statistischer Auswertungen.

Versicherungskasse

- Teilweise Neuberechnung der monatlichen Teuerungszulage im Januar.
- Monatliche Verarbeitung der Mutationen und Auszahlung der Renten für 3100 Rentner des Staatspersonals.
- Abtrennen von 600 AHV- und IV-Renten.
- Berechnung und Auszahlung einer Nachteuerungszulage im Dezember.
- Erstellen von Ausweisen, Listen und Statistiken aller Art.

Universität

- Täglich zwei- bis dreimalige Auswertung von Fortranprogrammen der Universität.

Die Wartung und den Unterhalt unserer Datenverarbeitungsanlage besorgte die Lieferfirma Bull in 52 Revisionen.
Es wurden total 45 Pannen verzeichnet, zu deren Behebung 49 Maschinenstunden aufgewendet werden mussten. Der Ausfall in Prozenten der Einsatzzeit liegt im Mittel um 1,5%.

X. Staatsbanken

Kantonalbank und Hypothekarkasse veröffentlichen besondere Geschäftsberichte, die sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt werden.

Bern, den 30. März 1967.

Der Finanzdirektor:

Moser

Vom Regierungsrat genehmigt am 9. Mai 1967.

Begl. Der Staatsschreiber i.V.: *F. Häusler*